

**Ein gemeinsames und umfassendes
Sicherheitsmodell für Europa im 21. Jahrhundert:
Gegenwärtiger Stand der Diskussion**

Präsentation für die Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik am
Jahreskongress der Schweizerischen Vereinigung für Politische Wissenschaft,
Balsthal, 8. November 1996

Heiko Borchert
Dr. Heiko Borchert & Co.
Consulting & Research
Reckenbühlstrasse 2
CH-6005 Luzern
Tel. +41(0)41 312 07 40 - Fax +41(0)41 312 07 44
hb@borchert.ch

Zusammenfassung

Im Hinblick auf das im Dezember in Lissabon stattfindende Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der OSZE-Teilnehmerstaaten steigt das Interesse an der Diskussion um ein europäisches Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert. Einzelne Kommentare vermitteln allerdings den Eindruck, als ginge es hierbei um die feste Zuteilung unterschiedlicher Tätigkeiten an einzelne Institutionen. Ein solches Vorgehen ist von der OSZE nicht beabsichtigt. Vielmehr geht es darum, einen Prozess einzuleiten, in dessen Verlauf die Teilnehmerstaaten nach gemeinsamen Antworten auf die Fragen suchen, die das Ende des Kalten Krieges ausgelöst hat. Insofern verfolgt die Diskussion nicht den Aufbau neuer formaler Strukturen - was zählt, ist der Prozess, der als wichtiger Beitrag zum umfangreichen Repertoire vertrauens- und sicherheitsbildender Massnahmen der OSZE interpretiert werden kann. Deshalb will der vorliegende Beitrag kurz die Ursprünge dieser Diskussion, deren Zielsetzung sowie die bislang unterbreiteten Vorschläge darlegen.

Ursprünge

Angeregt durch einen im Herbst 1994 unterbreiteten Vorschlag Russlands, der den Meinungsaustausch über Ziele, Methoden und Instrumente der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in Europa vorsah, beschlossen die Staats- und Regierungschefs der OSZE-Teilnehmerstaaten am Gipfeltreffen in Budapest, im Rahmen dieser Organisation die Diskussion über ein "gemeinsames und umfassendes Sicherheitsmodell für Europa im 21. Jahrhundert" aufzunehmen. Da man weder ein Verhandlungsmandat noch normative Vorgaben formulieren wollte, einigte man sich auf den Begriff "Modell". Damit sollte zum Ausdruck gebracht werden, dass hierbei lediglich in deskriptiver Form über mögliche Sicherheitsstrukturen nachgedacht wird.¹

Das breit angelegte Vorhaben, das sich nicht bloss auf die Frage nach der künftigen Rolle der OSZE beschränkt, soll dazu beitragen, die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsorganisationen zu verbessern und eine bessere Einhaltung der vereinbarten Verpflichtungen zu garantieren. Zu diesem Zweck wurde ein besonderer Ausschuss unter Leitung des Ständigen Rates in Wien eingerichtet. Daneben formierte sich auf Initiative des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) eine Gruppe von Wissenschaftlern und Diplomaten, die die Sicht der sicherheitspolitischen Experten in die Diskussion einbringen will.

Das weitere Vorgehen wurde am fünften Treffen des Ministerrates (Dezember 1995) präzisiert.

Die vorliegende Arbeit berücksichtigt die Entwicklungen bis Ende Oktober 1996.

¹ Gipfelerklärung von Budapest, 5./6.12.1994, Pkt. 13 und Beschlüsse von Budapest, 5./6.12.1994, Kp. VII.

Gemäss den Beschlüssen² beabsichtigt die Modelldiskussion, die einzigartigen Fähigkeiten sowie den umfassenden Charakter der OSZE als Basis für den Aufbau eines gemeinsamen europäischen Sicherheitsraumes zu nutzen. Dabei bilden der kooperative Sicherheitsansatz der OSZE und die Vorstellung von der Unteilbarkeit der Sicherheit die Leitideen. Darüber hinaus wurden neben der Festlegung möglicher Arbeitsbereiche zahlreiche Richtlinien für die weiteren Arbeiten angenommen. Dazu zählen u.a. die Förderung der Einhaltung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen, die Weiterentwicklung der OSZE und ihrer Instrumente, das Festhalten an einem umfassenden Sicherheitsbegriff sowie die Vertiefung des Konzeptes der einander ergänzenden und verstärkenden Sicherheitsinstitutionen. Der amtierende Vorsitzende wurde angewiesen, die Modelldiskussion aufrechtzuerhalten und deren vorläufige Ergebnisse am Gipfeltreffen im Dezember 1996 in Lissabon zu präsentieren.

Die bisherige Diskussion

Im Frühjahr 1995 einigten sich die Vertreter der Teilnehmerstaaten, die Diskussion in drei Schritten aufzunehmen: Zuerst sollten die Grundlagen des Sicherheitsmodells erarbeitet werden. Danach wollte man sich einer intensiven Analyse künftiger Risiken und Herausforderungen widmen, um darauf aufbauend in einem dritten Schritt gemeinsame Antworten formulieren zu können.³

Ungarn, das 1995 den Vorsitz führte, erarbeitete auf der Grundlage zahlreicher Arbeitspapiere eine Zusammenstellung von Risiken und Herausforderungen, die fortlaufend aktualisiert wurde.⁴ Der in der untenstehenden Abbildung ausschnittsweise wiedergegebene Inhalt dieses Dokumentes verdeutlicht die Bemühungen, die Diskussion nicht bloss auf den militärischen Aspekt der Sicherheit zu konzentrieren, sondern dem von der OSZE seit ihrer Gründung verfolgten, umfassend definierten Sicherheitsbegriff Rechnung zu tragen.

² Beschlüsse des Budapester Ministertreffens, REF.MC(5).DEC/2, 8.12.1995.

³ Siehe hierzu: Von Tschärner, Benedikt und von Castelmur, Linus, Die Arbeiten an einem europäischen Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, in Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (Hrsg.), *OSZE-Jahrbuch 1996* (in Vorbereitung).

⁴ Risks and Challenges to Security in the OSCE Area, REF.PC/418/95 (OSCE restricted), 24.8.1995; Rev.1, 15.9.1995; Rev.2, 4.12.1995.

Politisch-militärische Dimension	Humanitäre Dimension	Ökonomische Dimension	Soziale Dimension	Ökologische Dimension
<ul style="list-style-type: none"> - Fortgesetztes Misstrauen und Konfrontation - Schaffung von Zonen unterschiedlicher Stabilität - Territoriale Streitigkeiten - Instabile demokratische Strukturen - Drastische Verstöße gegen international vereinbarte Normen - Terrorismus 	<ul style="list-style-type: none"> - Menschenrechtsverletzungen - Aggressiver Nationalismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit - Fehlender Minderheitenschutz 	<ul style="list-style-type: none"> - Gefahr, dass alte sicherheitspolitische Blöcke durch neue wirtschaftliche Blöcke ersetzt werden - Ökonomische Disparitäten - Abhängigkeit von bestimmten strategischen Gütern (z.B. Rohstoffe) 	<ul style="list-style-type: none"> - Soziale Desintegration - Unkontrollierte Migrationsströme - Organisiertes Verbrechen 	<ul style="list-style-type: none"> - Unverantwortlicher Umgang mit ökologischen Ressourcen - Nuklearkraftwerke mit unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen - Schlecht unterhaltene industrielle und militärische Installationen - Exporte gefährlicher Produkte

Seit Beginn dieses Jahres liegen nun die ersten formellen Vorschläge einzelner Staaten vor. Deren Inhalt soll im folgenden kurz dargestellt werden:

Vorschlag Ungarns, Polens und der Slowakischen Republik: Dieses Papier beschränkt sich hauptsächlich auf die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsorganisationen. Dazu nennt der Vorschlag folgende Grundsätze: Praktikabilität, Gleichrangigkeit der Organisationen, Flexibilität, gegenseitige Unterstützung, Transparenz, Komplementarität und Orientierung an einem umfassenden Sicherheitsbegriff. Auf dieser Basis könnten Konsultationen in unterschiedlicher Weise durchgeführt werden, beispielsweise am Rande von Sitzungen, anlässlich regelmässiger oder *ad hoc* einberufener Treffen.⁵

Vorschlag der EU, vorgelegt von Italien: Der Vorschlag ist in drei Teile gegliedert: Zuerst wird der Beitrag der OSZE für Europas Sicherheit untersucht. Danach wird das Konzept der sich gegenseitig verstärkenden und unterstützenden Institutionen besprochen. Aus diesen beiden Analysen werden im abschliessenden dritten Teil Konsequenzen für die OSZE abgeleitet.

Der erste Teil hält fest, dass die OSZE am Aufbau eines europäischen Sicherheitsraumes ohne Trennlinien arbeiten soll. Dazu schlägt die EU die Erarbeitung einer politisch bindenden *"Plattform für kooperative Sicherheit"* vor. Im Sinne eines Leitbildes sollen darin u.a. die folgenden Themen angesprochen werden: Verbesserung der Einhaltung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen,

Klärung der Rolle der OSZE in den Bereichen Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Peacekeeping, Erarbeitung von OSZE-Grundsätzen für friedenserhaltende Operationen, wirksame Einhaltung der Bestimmungen des KSE-Vertrages sowie des Verhaltenskodex'. Ausgehend von der Feststellung, dass die EU als zentraler Pol der Integration, der Stabilität und der wirtschaftlichen Prosperität einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit in Europa leistet, formuliert der zweite Teil Grundprinzipien, an denen sich die institutionelle Zusammenarbeit orientieren soll. Dazu zählen u.a. die nichthierarchische Zusammenarbeit der Organisationen, die Erhöhung der Wirksamkeit der präventivdiplomatischen Bemühungen der OSZE, regelmässige Treffen der Generalsekretäre sowie der regelmässige Austausch von Verbindungspersonen. Im abschliessenden Teil werden einige konkrete Massnahmen zur Verbesserung der Wirksamkeit der OSZE formuliert. Neben der Anregung, vermehrt politische Vertreter einzusetzen und die Rolle des Generalsekretärs zu stärken, enthält der EU-Vorschlag auch die Forderung nach verstärkter Öffentlichkeitsarbeit sowie nach einer Verbesserung der Fähigkeiten der OSZE-Missionen.⁶

Russische Vorschläge: Das russische Memorandum⁷ behandelt zahlreiche nicht näher ausgearbeitete Ansätze zu institutionellen Fragen. So schlägt es beispielsweise die Erarbeitung einer "Europäischen Sicherheitscharta" vor, die den politischen Veränderungen seit der Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte (1975) Rechnung tragen soll. Darin kommt der von russischer Seite seit langem gehegte Wunsch zum Ausdruck, das Sicherheitssystem in der OSZE-Region auf eine völkerrechtlich verbindliche Basis zu stellen. Damit böte sich erstens die Möglichkeit, Sicherheitsgarantien für Staaten auszusprechen, die nicht an Bündnissen teilnehmen. Zweitens könnte eine neue Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen den europäischen bzw. euro-atlantischen Organisationen geschaffen werden. Drittens wird die Einrichtung eines "europäischen Sicherheitsrates (oder OSZE-Exekutivausschusses)" angeregt. Ferner spricht sich das Papier für die Annahme eines neuen und erweiterten Verhaltenskodex' aus, der die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekte der Sicherheit berücksichtigen soll. Schliesslich wird vorgeschlagen, 1997/98 eine europäische Konferenz unter dem Titel "Europa im 21. Jahrhundert" durchzuführen, um Massnahmen einer verbesserten institutionellen Arbeitsteilung zu diskutieren und zu beschliessen.

⁵ The OSCE role in Conflict Prevention, Crisis Management and Post Conflict Rehabilitation, REF.PC/169/96 (OSCE restricted), 1.3.1996.

⁶ Contribution of the EU to the discussion on a Security Model, REF.PC/252/96 (OSCE restricted), 17.4.1996.

⁷ Memorandum on devising a common and comprehensive security model for Europe for the twenty-first century, REF.SC/11/96 (OSCE restricted), 21.3.1996.

In Ergänzung dieses Memorandums präsentierte Russland in zwei weiteren Dokumenten⁸ seine Vorstellungen zur Ausgestaltung der ökonomischen Aspekte des Sicherheitsmodelles. Dabei wurde insbesondere die Erarbeitung eines wirtschaftlichen und sozialen Frühwarnindikatorensystems vorgeschlagen, das in Zusammenarbeit mit der OECD, dem IMF und der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) aufgebaut werden soll. Mit Hilfe quantitativer und qualitativer Indikatoren sollen die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in einem Land untersucht werden, um daraus mögliche Erkenntnisse über latente Probleme, die sicherheitspolitisch relevant werden könnten, zu gewinnen.

Vorschlag der Ukraine: Dieser Beitrag spricht sich insbesondere für die sich gegenseitig verstärkenden Sicherheitsinstitutionen aus und fordert die Verbesserung der Einhaltung gemeinsam vereinbarter Normen und Prinzipien. Die Staatengemeinschaft sollte künftig in der Lage sein, allfällige Verletzungen dieser Grundsätze notfalls mit der Verhängung von Zwangsmassnahmen ahnden zu können. Daneben fordert die Ukraine die Einrichtung einer nuklearwaffenfreien Zone in Ostmitteleuropa und regt an, den Staaten ausserhalb der Militärbündnisse Sicherheitsgarantien anzubieten, wenn sie dies wünschen.⁹

Darüber hinaus wurden dem in Wien tagenden Sicherheitsmodellausschuss im Juli weitere Vorschläge unterbreitet, wobei vor allem das Positionspapier *Estlands, Lettlands und Litauens* hervorzuheben ist.¹⁰ Die baltischen Staaten weisen in ihrer Ausarbeitung darauf hin, dass die Modelldiskussion als dynamischer Prozess zu verstehen sei, der an sich bereits zur Vertrauensbildung beitrage. Ferner sprechen sie sich dafür aus, die begonnene Identifizierung von Risiken und Herausforderungen fortzuführen und zu aktualisieren. Im Oktober trafen sich die Vertreter der Teilnehmerstaaten in Wien zu einer Sondersitzung des Modellausschusses, die u.a. den Auftakt zur Ausarbeitung eines Modelldokumentes bildete. Daneben präsentierte die unter der Leitung des SIPRI zusammengesetzte unabhängige Arbeitsgruppe ihren Zwischenbericht.¹¹ Dieser hebt hervor, dass keine Sicherheitsinstitution in der Lage sei, alle sicherheitspolitisch relevanten Probleme zu lösen. Zudem sei darauf zu achten, dass sich die Institutionen an den praktischen Problemen

⁸ An outline structure of an Economic Component of a common and comprehensive security model for Europe for the twenty-first century, REF.PC/329/96 (OSCE restricted), 24.5.1996; Proposal concerning the development of ECE/OSCE co-operation, REF.PC/414/96 (OSCE restricted), 28.6.1996.

⁹ Contribution to the discussion on a common and comprehensive security model for Europe, REF.PC/339/96/Rev.1 (OSCE restricted), 10.10.1996.

¹⁰ Contribution to the discussion on a security model, REF.PC/468/96 (OSCE restricted), 12.7.1996.

orientieren, nicht umgekehrt.

Das weitere Vorgehen

Die präsentierten Vorschläge haben deutlich gemacht, dass es gegenwärtig noch grosse Meinungsunterschiede gibt. Diesbezüglich kann zwischen *drei Staatengruppen* unterschieden werden: Zu einer *ersten* Gruppe lassen sich jene Staaten zusammenfassen, die vom gesamten Vorhaben nicht restlos überzeugt sind und bezweifeln, dass die Modelldiskussion nützliche Ergebnisse hervorbringen wird. Für die *zweite* Staatengruppe steht der Prozess und die damit verbundene Möglichkeit, im Dialog über künftige Sicherheitsstrukturen in Europa diskutieren zu können, im Vordergrund, während die erzielten Ergebnisse eher sekundärer Bedeutung sind. Schliesslich ist eine *dritte* Staatengruppe davon überzeugt, dass die Arbeit sehr wohl zielorientiert auf ein Ergebnis zugeführt werden kann. Dabei geht es jedoch weder um die Errichtung eines Systems kollektiver Sicherheit noch um die Hierarchisierung institutioneller Beziehungen.

Im Hinblick auf das Gipfeltreffen wird die grosse Herausforderung in den folgenden Monaten darin bestehen, die unterschiedlichen Ansichten auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Mit Bezug auf die Diskussion des Sicherheitsmodelles scheint sich abzuzeichnen, dass der zu erarbeitende Abschnitt des Schlussdokumentes drei Teile aufweisen wird: Eine kurze und gehaltvolle politische Erklärung (zur Risikoanalyse und möglicherweise auch zu den Grundsätzen der institutionellen Zusammenarbeit), Beschlüsse über einzelne konkrete Massnahmen sowie über die Fortführung der Modelldiskussion.

Die akademische Diskussion

Ein Blick in die einschlägige Fachliteratur zeigt, dass sich die akademische Diskussion gegenwärtig vor allem auf die NATO-Osterweiterung und die damit verbundenen Fragen konzentriert. Daneben vermögen auch Themen wie der Aufbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität, die Zukunft der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik sowie Erfahrungen aus dem IFOR-Engagement in Bosnien-Herzegowina ein gewisses Interesse auf sich zu ziehen. Abgesehen von den

¹¹ *A Future Security Agenda for Europe. Report of the Independent Working Group established by the Stockholm International Peace Research Institute, Stockholm, SIPRI, 1996.*

Bemühungen im Rahmen der bereits erwähnten unabhängigen Arbeitsgruppe unter der Leitung des SIPRI scheint jedoch die Diskussion um das OSZE-Sicherheitsmodell in Fachkreisen kaum auf Echo zu stossen. Aus diesem Grund fällt es nicht schwer, die nach meinem Kenntnisstand bis anhin verfassten Beiträge kurz zusammenzufassen:

- In einem Beitrag für den BUND orientierte Günter *Bächler* im November 1995 insbesondere über die Rolle, die die Schweiz als Vorsitzende in dieser Diskussion spielen sollte. Dabei forderte er, dass sie versuchen müsse, die Interessen der Staaten ins Spiel zu bringen, die weder der NATO noch der GUS angehören.¹²
- Demgegenüber vertrat Curt *Gasteyger* in der NZZ die Auffassung, dass ein solches Sicherheitsmodell zu statisch wäre und kaum Aussicht auf Verwirklichung hätte. Daneben legte er in seinen Ausführungen ein besonderes Gewicht auf die Beachtung nichtmilitärischer Aspekte.¹³
- Die OSZE-spezifische Fachzeitschrift HELSINKI MONITOR widmete die aktuelle Ausgabe dieses Jahres der Modelldiskussion: Michael *Mihalka* ordnet die gegenwärtige Diskussion in einen grösseren historischen Kontext ein, indem er aus historischer Perspektive über die Bemühungen berichtet, die am Wiener Kongress, in den Pariser Friedensverträgen und im Rahmen des Völkerbundes sowie nach dem Zweiten Weltkrieg zur Neuordnung der europäischen bzw. weltpolitischen Rahmenbedingungen eingeleitet wurden. Marjanne *de Kwaasteniet* beschreibt in ihrem Beitrag die Ursprünge der Diskussion und betrachtet danach drei Einzelaspekte: Die Beziehungen zwischen der OSZE und der UNO, die Schaffung friedenserhaltender Kapazitäten der OSZE (Stichwort: Nagorni Karabach) sowie den Friedensaufbau. Schliesslich konzentriert Elisa *Niemtzow* ihre Ausführungen vor allem auf die Beschreibung der Haltung ausgewählter *key players* (Russland, EU, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, USA).¹⁴

¹² Bächler, Günther, Die Schweiz hat das Recht, sich einzumischen, DER BUND, 146. Jg., Nr. 280 vom 30.11.1995, S. 2.

¹³ Gasteyger, Curt, Die Zukunft europäischer Sicherheit. Ein OSZE-Modell für das 21. Jahrhundert?, NZZ, 217. Jg., Nr. 192 vom 20.8.1996, S. 5.

¹⁴ Mihalka, Michael, Building consensus: The Security Model in light of previous security arrangements in Europe, HELSINKI MONITOR, 1996, 7. Jg., Nr. 3, S. 20 - 29; de Kwaasteniet, Marjanne, The Security Model discussion and its importance for the evolution of the European security architecture, HELSINKI MONITOR, 1996, 7. Jg., Nr. 3, S. 30 - 40; Niemtzow, Elisa, The OSCE's Security Model: Conceptual confusion and competing visions, HELSINKI MONITOR, 1996, 7. Jg., Nr. 3, S. 41 - 51.

- Niels *Möller-Gulland* verweist in seinem Beitrag auf die Wichtigkeit wirtschaftlicher Zusammenarbeit Russlands mit seinen Nachbarn sowie auf die Förderung der Entwicklung demokratischer Strukturen in diesen Ländern. Mit Blick auf die OSZE sieht er zudem die Möglichkeit, dass ihre vorwiegend im Zeitalter des Kalten Krieges geschaffenen Normen auf die Erfordernisse des nächsten Jahrhunderts angepasst werden könnten.¹⁵
- Der bis anhin wohl anregendste Beitrag stammt von Bernard *von Plate*, der sich vor allem mit dem künftigen Verhältnis zwischen Nordatlantischem Kooperationsrat (NAKR) und der OSZE auseinandersetzt. Dabei sind seines Erachtens sowohl eine Zusammenführung (der NAKR geht langfristig im Hohen Rat der OSZE auf) als auch eine Auslagerung (der NAKR hört auf, "der verlängerte Arm der NATO zu sein" und wird eine eigenständige Institution) denkbar. Allerdings sei der Transfer des NAKR von der NATO in die OSZE nur sinnvoll, wenn dieser dadurch aufgewertet würde. Dies könnte erreicht werden, indem dem NAKR künftig die Zuständigkeit für friedenserhaltende Massnahmen übertragen würde.¹⁶

Ausblick

Die vorgestellte Diskussion im Rahmen der OSZE darf nicht als Versuch missverstanden werden, den einzelnen europäischen Sicherheitsinstitutionen Aufgaben nach einem vorgegebenen Muster zuzuordnen. Ein solches Vorhaben wird gegenwärtig von der Mehrheit der OSZE-Teilnehmerstaaten abgelehnt. Allerdings zeichnen sich in den letzten Jahren nach dem Ende des Kalten Krieges erste Anzeichen einer Arbeitsteilung ab, die durch die im Friedensabkommen von Dayton vorgesehenen Bestimmungen bestätigt werden. Dabei scheint das sich herausbildende europäische Sicherheitssystem gegenwärtig auf drei Säulen zu stehen:

Militärische Dimension: Hier ist zuerst die NATO zu nennen, die sich seit der Annahme des Neuen Strategischen Konzeptes (Rom, 1990) nicht nur die Verteidigung des Bündnisgebietes, sondern auch ein aktives Engagement im Krisenmanagement und die Stabilitätsprojektion nach Osteuropa zum Ziel gesetzt hat. Obwohl die WEU dereinst zum verteidigungspolitischen Arm der Europäischen Union ausgebaut werden soll, ist ihre künftige Entwicklung noch immer mit

¹⁵ Möller-Gulland, Niels, Ein Sicherheitsmodell im Rahmen der OSZE, EUROPÄISCHE SICHERHEIT, 1996, 45. Jg., Nr. 3, S. 36 - 39.

¹⁶ Von Plate, Bernard, Ein gemeinsames und umfassendes Sicherheitsmodell für Europa im 21. Jahrhundert: Diskussion einer Nebensache? Ebenhausen, Stiftung für Wissenschaft und Politik, 1995 (SWP - KA 2936).

Fragezeichen versehen. Erste Lösungsschritte werden durch die Beschlüsse der NATO-Aussenminister (Juni 1996) aufgezeigt, denn nun besteht die Möglichkeit, dass die WEU auch auf NATO-Ressourcen zurückgreifen kann (Common Joint Task Forces, CJTF).

Politische Dimension: In Europa spielt die OSZE eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, Fragen der Menschenrechte, der Demokratisierung, des Übergangs zur sozialen Marktwirtschaft, des Minderheitenschutzes, der Rüstungskontrolle bzw. Abrüstung sowie der Vertrauens- und Sicherheitsbildung zu diskutieren. In diesen Bereichen wird sie auch weiterhin mit dem *norm-setting* betraut sein und die Einhaltung gemeinsam vereinbarter Normen und Prinzipien überwachen. Darüber hinaus gewinnt ihre Tätigkeit in den Bereichen der Präventivdiplomatie, der politischen Beratung der Transformationsländer sowie dem Friedensaufbau an Profil. Dabei wird die OSZE vor allem durch den Europarat und durch die Vereinten Nationen unterstützt. In der Verknüpfung politischer und wirtschaftlicher Elemente - wie im Beispiel des von der EU initiierten Stabilitätspaktes - liegt zudem ein interessanter Ansatz zur Bildung langfristig tragfähiger Regimestrukturen.

Wirtschaftliche Dimension: In dieser Hinsicht nimmt die EU die Rolle des Kerns eines künftigen europäischen Sicherheitssystems ein. Diese prominente Stellung verdeutlicht die Bedeutung, die den Fragen um institutionelle Reform, Verbesserung der Legitimierung der Unionsorgane, Modifizierungen im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik etc. beigemessen werden muss. Zudem wird die Union, die sich mit den Maastrichter Bestimmungen auch für die Einrichtung einer Gemeinsamen Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausgesprochen hat, langfristig nicht umhin kommen, die in diesen Bereichen umschriebenen Zielsetzungen zu präzisieren.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt weist Europa die weltweit höchste Dichte an inter- und supranationalen Organisationen auf. Diese Organisationen haben während der letzten fünfzig Jahre unzweifelhaft Grosses geleistet, indem sie Frieden und Prosperität gefördert haben - allerdings bloss für den westlichen Teil des Kontinents. Die grosse Herausforderung der Zukunft wird darin bestehen, das Erreichte auf die Staaten Mittel- und Osteuropas auszudehnen und sie in die bestehenden Netzwerke einzubinden. In diesem Zusammenhang leistet die Diskussion eines Sicherheitsmodelles im Rahmen der OSZE einen nicht zu unterschätzenden Beitrag, der darin besteht, dass nicht nur die Teilnehmerstaaten, sondern auch andere internationale Organisationen, Parlamentarier und Wissenschaftler ihre Überlegungen zur Arbeit an den langfristig tragfähigen Grundlagen eines künftigen europäischen Sicherheitssystems einbringen können. Was Jean Monnet vor Jahrzehnten über die Absicht des europäischen Integrationsprozesses formulierte, kann durchaus auch als

Leitidee für die Diskussion um Europas Sicherheit verstanden werden: "Wir wollen Menschen zusammenführen, nicht Staatenblöcke schaffen!"